

## Stadtrat

### Bericht und Antrag

Datum SR-Sitzung: 18. Juni 2018  
Direktion: Präsidialdirektion  
Ressort: Präsidiales  
Verfasser: Roman Schenk  
Version: GRB: 2018-710 / 4. Juni 2018

---

#### **Interpellation GLP-Fraktion betreffend bürgerfreundlicher e-Dienstleistungen der Verwaltung der Stadt Burgdorf und Schaffung einer digitalen Identität**

---

#### **I. Bericht**

Die GLP-Fraktion reichte am 19. März 2018 eine Interpellation ein:

#### **Fragen**

Der Gemeinderat wird gebeten folgende Fragen betreffend e-Dienstleistungen und digitaler Identität zu beantworten:

- 1) Welche e-Dienstleistungen werden heute schon angeboten? Wie rege werden diese genutzt? Welche weiteren Umstellungen resp. Einführungen sind in absehbarer Zeit geplant?
- 2) Wie schätzt der Gemeinderat ganz generell die Entwicklung der digitalen Transformation auf Verwaltungsebene ein? Wo werden Chancen gesehen, wo Risiken?
- 3) Ziel von durchgehenden e-Dienstleistungen im Gegensatz zu der heutigen, «klassischen» Erbringung der Dienstleistungen muss nach Meinung der glp-Fraktion eine erhöhte Benutzerfreundlichkeit und einfachere Abläufe sein. Wie sieht es auf Verwaltungsseite aus: Wird durch die Umstellung ein besseres Kosten-/Nutzen-Verhältnis erreicht? Sprich kann bei der gleichen Anzahl erbrachter Dienstleistungen mit einer Kostenersparnis gerechnet werden? Oder überwiegen die zusätzlichen Kosten? (z.B. Informatik-Ausrüstung)
- 4) Sind bei der Stadt Burgdorf Personen angestellt, die entsprechend der neuen digitalen Möglichkeiten geschult sind? Oder müssten Angestellte zuerst noch ausgebildet resp. neue Mitarbeiter eingestellt werden?
- 5) Wie steht die Stadt Burgdorf zur Einführung einer digitalen Identität zur vereinfachten Erbringung von städtischen Dienstleistungen? Ist geplant, einen ähnlichen Weg wie die Stadt Zug einzuschlagen? Wenn nicht, wieso?
- 6) Findet bezüglich der Thematik der digitalen Transformation ein Austausch mit übergeordneten Instanzen statt? (z.B. mit dem Kanton oder E-Government Schweiz) Wenn ja, wie sieht dieser aus? Wenn nein, ist etwas in diese Richtung geplant?
- 7) Ist des Weiteren geplant, dank neuen digitalen Instrumenten und Informatiktools die demokratischen Prozesse zwischen Politik/Verwaltung und Bevölkerung zu verbessern? (z.B. frühere und aktivere Einbindung der Bevölkerung in die Planung von Projekten durch Bewertung von Varianten – noch lange vor der eigentlichen Vernehmlassung). Wenn nicht, wieso?

## **Begründung**

Die Digitalisierung ist in aller Munde, konfrontiert Staat und öffentliche Verwaltung mit Fragen und wird aller Voraussicht nach in Zukunft in verschiedenen Facetten verstärkt Einzug halten.

So ist zum Beispiel die elektronische Umzugsmeldung in einigen Kantonen schon umgesetzt. Dieses Jahr steht eine schweizweite Implementation auf dem Plan und Ende 2018 soll das entsprechende Portal online geschaltet werden (weitere Informationen:

<https://www.egovernment.ch/de/umsetzung/schwerpunktplan/e-umzug-schweiz/>)

Weitergehend – und viel umfassender – geht das Ziel der Schaffung einer digitalen Identität (E-ID). Diese wird nötig, da immer mehr Dienstleistungen und Geschäfte über die virtuelle Welt laufen. Eine vertrauenswürdige und anerkannte E-ID ist deshalb ein zentrales Element der Strategie des Bundesrates für eine digitale Schweiz. Bei der von der öffentlichen Hand getragenen Plattform E-Government Schweiz läuft ein entsprechendes Projekt. Konkret wird der Bund in Zukunft die vertrauenswürdige Identifikation sicherstellen, gibt jedoch keine eigene E-ID heraus. Dies wird durch private Anbieter angeboten (weitere Informationen:

<https://www.egovernment.ch/de/umsetzung/schwerpunktplan/elektronische-identitaet/>

Die Stadt Zug hat die E-ID als weltweit erste Stadt für ihre Dienstleistungen und Weiterem (z.B. digitalisiertes Parking-Management) innerhalb eines Pilotprojekts mittels der Ethereum Blockchain umgesetzt und sammelt damit Erfahrungen (weitere Informationen:

[http://www.stadtzug.ch/de/bevoelkerung/dienste/digitaleid/?action=showthema&themenbereich\\_id=1587&thema\\_id=5295/](http://www.stadtzug.ch/de/bevoelkerung/dienste/digitaleid/?action=showthema&themenbereich_id=1587&thema_id=5295/))

Viele dieser Entwicklungen laufen gemeinde- und kantonsübergreifend ab. Dennoch interessiert es, wie die Stadt Burgdorf bei diesem Megatrend aufgestellt ist und was in naher und ferner Zukunft geplant ist resp. geplant werden könnte. Es ist wichtig, dass Burgdorf hier den Anschluss nicht verpasst und/oder die Tragweite der Entwicklung unterschätzt.

## **Stellungnahme des Gemeinderats**

Die Interpellation stellt sehr umfassende Fragen zur Digitalisierung in Verwaltung und Gesellschaft. Sie verlangt zudem Auskünfte über Einschätzungen des Gemeinderates. In der für Interpellationen kurzen Antwortfrist ist es der Verwaltung und dem Gemeinderat unmöglich, die ganze Situation zu analysieren, seine Einschätzungen vorzunehmen und die künftigen Stossrichtungen zu orten bzw. zu definieren. Zudem müssen Entwicklungen auf übergeordneten Staatsebenen miteinbezogen werden, wie das die Interpellantin selber feststellt. Der Gemeinderat beabsichtigt, im Rahmen eines in der Verwaltung anfangs Jahr angestossenen Projektes „Burgdorf Digital“ die Chancen und Risiken der Digitalisierung vertieft abzuklären und Realisierungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Ziele dieses Projektes werden sein, mit der Entwicklung Schritt zu halten, sinnvolle Optimierungen zu realisieren und gleichzeitig den Bedürfnissen aller Generationen und Bevölkerungskreisen gerecht zu werden. Er wird den Stadtrat darüber informieren.

DER GEMEINDERAT

Stefan Berger, Stadtpräsident  
Roman Schenk, Stadtschreiber